



Eine liebevolle Betreuung im Lebensabend erwartet man von den Pflegeheimen. Die Realität schaut anders aus: Weil die (immer öfter) privaten Betreiber gutes Geld verdienen wollen, wird beim Personal gespart. Das vorhandene Personal ist klarerweise überlastet und genervt, auf der Strecke bleiben die Heimbewohner. Dafür verdienen sich die Betreiber eine goldene Nase.

IM LANDTAG

## szeit – Heizöl

### Landarbeiter: Arbeitszeit wird ausgeweitet

Die KPÖ stimmte im Landtag gegen eine von SPÖ und ÖVP vorgeschlagene Änderung des Landarbeitsgesetzes. Durch die Änderung kommt es zu einer massiven Verlängerung der Arbeitszeit der Landarbeiter. Die tägliche Normalarbeitszeit kann bis zu zehn Stunden ausgeweitet werden, die Wochenarbeits-

zeit auf bis zu 60 Stunden. Renate Pacher (KPÖ): „*Ich appelliere vor allem an die Gewerkschafter hier im Landtag, diesem Angriff auf die Rechte der Landarbeiter nicht zuzustimmen!*“ Die ÖVP rechtfertigte ihre Zustimmung mit den Vorgaben der EU, außerdem sei das Gesetz vom ÖGB abgesegnet worden.

### Senkung der Steuer auf Heizöl!

Eine Steuersenkung bei Heizöl wäre für viele Menschen eine wichtige Hilfe, trotz der extrem hohen Preise im nächsten Winter nicht im Kalten sitzen zu müssen. Die KPÖ setzte sich im Landtag für eine Steuersenkung bei

Heizöl ein. KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg: „*Viele Menschen haben vor dem kommenden Winter Angst. Die explodierenden Heizölpreise machen das Heizen immer mehr auch für Durchschnittsverdiener unerschwinglich!*“



### KOMMENTAR

## Schützt die Väter!

VON KPÖ-LABG. CLAUDIA KLIMT-WEITHALER



Vor kurzem ließ die SPÖ im Landtag mit einem Antrag aufhorchen: Sie wollte, dass die Bundesregierung den Vaterschutzmonat einführt. Väter sollen künftig also, ebenso wie Mütter, nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf einen bezahlten freien Monat haben, in dem sie sich um den Nachwuchs kümmern können. Die Realisierung dieses Antrages würde einen Riesenschritt in Richtung Gleichstellung von Männern und Frauen tun!

Die SPÖ ist im „Vordenken“ eine wahrliche Meisterin, im „Umsetzen“ jedoch hat sie noch nicht einmal „Lehrlingsstatus“ erreicht. Auch im Fall Vaterschutzmonat ist es wieder einmal so gewesen. Die Bundesregierung tat uns nämlich kund, mit dem Kinderbetreuungsgeld neu habe man bereits vieles zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beigetragen, ein Vaterschutzmonat sei sinnvoll und wünschenswert, derzeit aber mit dem Koalitionspartner nicht durchführbar. Und

was macht die SPÖ Steiermark dann? Nichts. Sie nimmt die Stellungnahme der Bundesregierung kommentarlos zur Kenntnis.

Wenn wir etwas daran ändern wollen, dass Kinderbetreuung zu Hause ebenso, wie auch in Institutionen nicht beinahe ausschließlich Aufgabe von Frauen bleibt, müssen wir es zur „Männersache“ erklären. Es gibt viele Väter, die gerne bei ihren Kindern zu Hause bleiben möchten, es aber aus unterschiedlichen Gründen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen nicht tun.

Die KPÖ hat gefordert, die Steiermark solle Unternehmen fördern, die Väter bei der Kinderbetreuung unterstützen (z.B. durch zusätzliche Urlaubstage nach der Geburt eines Kindes) und bei der nächsten Landeshauptleutekonferenz eine Initiative zum Vaterschutzmonat bundesländerübergreifend starten. Gute Ideen reichen alleine eben nicht aus – handeln statt reden!

### POLITIK GEGEN DIE BEVÖLKERUNG

## Gewaltige Erhöhung der Mieten steht bevor

Die Strache-FPÖ ist nicht auf der Seite der Bevölkerung. Das hat sie am 3. Juli im Gemeinderat von Graz gezeigt. Dort lehnte sie einen Mietzinsstopp und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten ab, weil das den Hausherren schade. Die KPÖ hatte dringend Maßnahmen gegen das teure Wohnen gefordert. Die FP sieht

das anders – so wie auch die ÖVP, die SPÖ und die Grünen. „*Wohnen wird immer teurer, im Herbst steht ein enormer Preissprung bei den Mieten ins Haus. Die meisten Parteien haben den Ernst der Lage nicht erkannt oder keinen Kontakt mit den betroffenen Menschen*“, bedauert die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr.